



iran-report

Nr. 04/2004

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Coup geglückt - Kampf um Weichenstellung nach Parlamentswahlen / Chata-mi: „Ich schäme mich vor dem Volk“ / Mehrere Abgeordnete und Politiker von der Justiz vorgeladen / 8. März, Kundgebung zum Internationalen Frauentag in Teheran - Ebadi zum Frauentag / Neujahrsfeier hinter Gefängnismauern / Protestkundgebung oppositioneller Gruppen im Ausland gegen Menschenrechtsverletzung in Iran / Hilfsgüter für Erdbebenopfer in Iran haben ihr Ziel nicht erreicht / Lehrer streiken für mehr Gehalt / Jugendliche wider den Gottesstaat / Freudenfeuer zum Jahresende

II. Wirtschaft

Tupolev-Maschinen sollen aus dem Verkehr gezogen werden / Iran und Ägypten: gemeinsam den Verkauf von natürlichem Gas organisieren / Fünfeinhalb Millionen Iraner haben Kauf von Mobilfunkgeräten beantragt / Import von Waren nimmt enorm zu / Trotz des Sieges der Konservativen: gute Aussichten für deutsch-iranische Wirtschaftsbeziehungen / Deutsche Autoindustrie in Iran / Renault gründet Autofirma in Iran / China unterzeichnet milliardenschweren Gasliefervertrag mit Iran / Iranischer Teppichexport wächst / Ölpipeline-Bau vom Irak nach Iran / Irans Rolle beim Opiumexport aus Afghanistan

III. Außenpolitik

Der Konflikt um das iranische Atomprogramm / EU mahnt Einhaltung der Menschenrechte an / EU fordert Iran zu sofortiger Kooperation mit Atominspektoren auf / Reaktionen auf Besuch des deutschen Botschafters bei Ayatollah Montazeri / Iran stoppt Pilgerreisen nach Irak / Iran verurteilt Ermordung Scheich Jassins / Teheraner Bürgermeister protestiert gegen Mykonos-Gedenktafel in Berlin



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 05/2004 Anfang Mai) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im April 2004

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

3. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de



I. Innenpolitik

Coup geglückt – Kampf um Weichenstellung nach den Parlamentswahlen

Glücklich über den gelungenen kalten Staatsstreich verkündete der Wächterrat triumphierend eine Abkehr vom Reformkurs der vergangenen Jahre. Das Parlament werde nach Ausscheiden der meisten Reformer eine Neuausrichtung erfahren. Es werde sich „künftig auf die Stärkung des Islam, die Lösung der Probleme des Volkes und die Durchsetzung von Glaube und Moral im öffentlichen Leben konzentrieren“, stand in einer schriftlichen Erklärung des Gremiums. Mit der Wahl habe „ein neues Kapitel in der Geschichte“ des islamischen Staates begonnen. Das neue Parlament werde von „religiöser Überzeugung geleitet, die nationale Autorität und Sicherheit stärken“. Die unerwartet starke Wahlbeteiligung habe „alle Verschwörungen durchkreuzt“ sowie die Pläne der Feinde des Islams und des Irans, „einschließlich des großen Satans Amerika“ vereitelt.

Einige Stimmen aus dem Lager der konservativen Islamisten klingen allerdings moderater. Einer ihrer prominenten Wortführer, Mohammad Reza Bahrani, kündigte an, „pragmatisch“ handeln zu wollen. Gegen Verhandlungen mit den USA habe er nichts einzuwenden. Und bezüglich der Kleiderordnung für Frauen sagte er: „Wir sind zwar Muslime, aber ich denke, wir sollten nicht zu streng vorgehen.“ Ob die unterschiedlichen Stellungnahmen auf erste Risse im islamistischen Lager hindeuten, werden die nächsten Monate zeigen.

Die moderateren Konservativen sind sich dessen bewusst, dass auch sie bestimmte Sachzwänge nicht ignorieren können. Die Zeiten, in denen sie sich, gestützt auf die Mehrheit des Volkes, über internationale Gepflogenheiten hinwegsetzen konnten, sind längst vergangen. Die Wahlen haben eindeutig gezeigt, dass ihre Basis im Volk auf eine kleine Minderheit von zehn bis fünfzehn Prozent geschrumpft ist. Sie wissen auch, dass die internationale Völkergemeinschaft immer weniger Regime duldet, die um die Grenzen ihrer Länder hohe Mauern errichten und ihre Völker unterdrücken. Doch das Problem

der moderaten Konservativen besteht darin, dass sie die Geister, die sie gerufen haben, zumindest nicht so rasch und nicht ohne Verluste loswerden. Es ist fraglich, ob es ihnen gelingt, den Einfluss der Hardliner bis zur Konstituierung des Parlaments im Mai zu neutralisieren. Die konservative Tageszeitung Keyhan forderte die bereits gewählten Abgeordneten auf, bis zu ihrem Einzug ins Parlament „den Mund zu halten“ und sich „nicht voreilig zu jeder Frage zu äußern“.

Nach Einschätzung politischer Beobachter in Teheran werden es die Konservativen nicht wagen, bestimmte gesellschaftliche und politische Normen, die in den vergangenen Jahren durchgesetzt wurden, aufzuheben. Sie werden im Gegenteil gezwungen sein, den von den Reformern eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Diese Einschätzung veranlasste Präsident Chatami zu der Äußerung, trotz allem, was geschehen sei, habe die Reformbewegung gesiegt. Denn selbst die Kandidaten der Konservativen hätten sich in ihrem Wahlkampf als Reformwillige präsentiert.

Ob diese Einschätzungen auch auf die Innenpolitik zutrifft, wird sich bald zeigen. Für die Außenpolitik hingegen steht bereits fest, dass hier die Konservativen weitaus leiser treten werden als bisher. Je weniger ein Regime sich auf das eigene Volk verlassen kann, desto mehr ist es auf die Gunst des Auslands angewiesen. Es ist also damit zu rechnen, dass die Konservativen, sogar mehr als die Reformer, bei wichtigen Themen wie dem Frieden im Nahen Osten, dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus oder dem Wiederaufbau Iraks und Afghanistans zu Konzessionen bereit sein werden. Auf allen diesen Gebieten werden sie auf die Forderungen der USA eingehen, um die Beziehungen zwischen Teheran und Washington zu normalisieren und die Aufhebung wirtschaftlicher Sanktionen erreichen zu können. Problematisch wird es allerdings beim iranischen Atomprogramm. Die Frage ist, ob die bisherige Verzögerungstaktik der Islamisten dazu dienen soll, mehr Gegenleistungen verlangen zu können oder darauf zurück zu führen ist, dass Iran tatsächlich den Bau von Atombomben plant. Wie auch immer, Iran wird, so absurd es klingen mag, mit dem Machtzuwachs der Konservativen mehr als bisher in die Abhängigkeit vom Ausland, insbesondere vom Westen geraten.

**Chatami: „Ich schäme mich vor dem Volk“**

Das seit Tagen angekündigte Pressegespräch Chatamis kam kurz vor dem iranischen Jahresbeginn zustande. Während der Präsident seinen Amtssitz betreten wollte, wurde er von Journalisten umringt. In starkem Regen stand er den Medienvertretern Rede und Antwort. Auf die Frage, warum er, entgegen seines zuvor angekündigten Widerstands die Machenschaften des Wächterrats geduldet und die Wahlen als legitim erklärt habe, sagte er, er habe mehrmals seine Meinung über die Wahlen geäußert. „Es trifft zu, dass zahlreichen Kandidaten die Chance genommen wurde, an den Wahlen teilzunehmen“, fügte er hinzu. „Die Folge war, dass viele Menschen sich geweigert haben, wählen zu gehen... Doch schließlich sind jene, die es geschafft haben, mit den Stimmen des Volkes gewählt worden. Wir achten das Votum des Volkes und werden mit dem neuen Parlament zusammenarbeiten.“

Positiv bewertete Chatami den Umstand, dass auch die neu gewählten Abgeordneten die Fortsetzung der Reformen fordern. „Ich bewerte diese Forderungen als einen Sieg für mich und für die Reformbewegung unseres Volkes“, sagte der Präsident.

Chatami äußerte sich auch über den Wächterrat, bezeichnete das Gremium als Garant für die Einhaltung der Verfassung und die Grundsätze des Islam. Doch der Wächterrat dürfe die eigenen Kompetenzen nicht überschreiten. Das würde das System insgesamt schwächen. Genau hier liege aber das Problem. Ein diesbezüglicher Gesetzesentwurf, den er im vergangenen Jahr dem Parlament vorgelegt habe, sollte diesem Missbrauch vorbeugen. Doch der Wächterrat hatte das Gesetz abgelehnt, ebenso das Gesetz, das die Kompetenzen des Staatspräsidenten festlegen sollte. Daher werde er nun die Vorlagen zurückziehen, zumindest die, die seine Kompetenzen betreffe. Denn es bestehe die Gefahr, dass unter den gegebenen Umständen die wenigen Rechte und Kompetenzen, die derzeit dem Staatspräsidenten zustehen, noch weiter eingeschränkt würden. „Ich gebe zu, dass ich eine Niederlage erlitten habe“, sagte der Präsident.

Chatami bejahte die Frage, ob er weiterhin im Amt bleiben wolle. „Ich werde bleiben, werde meine Arbeit gemein-

sam mit meinen Freunden fortsetzen und hoffe, dass wir auch positive Ergebnisse erzielen können“, sagte er.

„Seien Sie sicher, dass ich mich weiterhin für die Rechte und Freiheiten des Volkes einsetzen werde. Solange man uns nicht hinauswirft, werden wir bleiben.“

Chatami entschuldigte sich bei den Journalisten. Obwohl er persönlich keine Schuld habe, sei er sich darüber im Klaren, welche Probleme und Qualen die Journalisten zu erdulden gehabt hätten. „Wenn es nach mir ginge, hätte ich den Wunsch, dass niemand in der Gefangenschaft lebt. Doch Sie wissen, wie wenig Macht wir haben“, fügte er hinzu.

Auf die abschließende Frage, was er dem Volk zum neuen Jahr schenken wolle, erwiderte der einst von Millionen gewählte und gefeierte Präsident: „Ich schäme mich vor dem Volk.“

Mehrere Abgeordnete und Politiker wurden von der Justiz vorgeladen

Mehrere Parlamentsabgeordnete und ranghohe Politiker, die gegen die Vorgänge bei den Parlamentswahlen protestiert hatten, wurden von der Justiz vorgeladen. Dazu gehören Regierungssprecher Abdollah Ramezanzadeh, Mohsen Mirdamadi, Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Sicherheit und Außenpolitik, der Vorsitzende der größten Reformpartei Moscharekat und Vizepräsident des Parlaments Mohammad Reza Chatami und der Parlamentsabgeordnete Radjab Ali Mazrui. Bereits vor den Wahlen äußerten Politiker die Vermutung, dass im Falle eines Sieges der Konservativen eine Welle von Prozessen und Verhaftung von profilierten Reformern erfolgen werde.

Der Abgeordnete Mohsen Armin, einer der Wortführer der Reformfraktion, äußerte die Meinung, der Rachfeldzug der Konservativen werde sich nicht nur gegen Politiker, sondern auch gegen kritische Journalisten richten. In der Tat wurden zwei Tage vor den Wahlen die beiden wichtigsten liberalen Tageszeitung Schargh und Yase No verboten. Die Tageszeitung Schargh wurde allerdings inzwischen wieder zugelassen. „Den Machtmonopolisten schwebt das chinesische Vorbild vor, bei dem eine gesellschaftliche Öffnung mit politischen Einschränkungen einhergeht“, sagte Armin.



Demgegenüber bezeichnete Justizsprecher Gholam Hussein Elham die Vorladungen als „normal“. Sie hätten nicht während des Wahlkampfes stattfinden können. Nun seien aber die Wahlen vorbei und die Justiz könne ihre Arbeit, wie von den Gesetzen vorgeschrieben, fortsetzen.

Woher der Justizsprecher seine Maßstäbe nimmt, um diese Vorgänge als normal zu bezeichnen, bleibt dahin gestellt. Fest steht jedenfalls, dass sich nun Volksvertreter wegen ihrer kritischen Äußerungen im Parlament vor Gericht verantworten müssen. Zudem wurden nach den Parlamentswahlen zahlreiche Anklagen gegen Politiker, Journalisten und Dissidenten aus den Schubladen geholt. Mehrere Herausgeber von Zeitungen und Zeitschriften, darunter der Herausgeber der Zeitschrift Aftab, die als theoretisches Organ der Reformbewegung gilt, erhielten Vorladungen.

Bereits vor einem Gerichtsurteil wurde die Freiheit von Parlamentsabgeordneten eingeschränkt. Fatemeh Haghighatdju, die kürzlich aus Protest gegen die Wahlmanipulationen ihr Parlamentsmandat niedergelegt hatte, erhielt Ausreiseverbot. Sie war von der Islamischen Vereinigung in Großbritannien zu einem Vortrag eingeladen worden. Doch ihr Ausreiseantrag wurde abgelehnt. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur ISNA bestätigte sie das Ausreiseverbot und fügte hinzu, sie habe nicht die Absicht gehabt, für längere Zeit das Land zu verlassen. Sie würde die Haft in Iran einem Leben im Exil vorziehen. „Lieber sollten jene das Land verlassen, die keine Basis mehr im Volk besitzen“, fügte sie hinzu. Diese seien in dem irrigen Glauben, sie könnten mit Verboten und Bajonetten das Land regieren. Stattdessen schaden sie dem Land und dem Ansehen Irans im Ausland. Dieser Zustand müsse so rasch wie möglich beendet werden.

8. März, Kundgebung zum internationalen Frauentag in Teheran – Ebadi zum Frauentag

Mehrere regierungsunabhängige Frauenorganisationen hatten in Teheran für den 8. März, den Internationalen Frauentag, zu einer Kundgebung aufgerufen. Das Innenministerium hatte zunächst die Versammlung erlaubt, die Erlaubnis jedoch wenige Stunden vor der Veranstaltung zurückgezogen. Der Laleh-

Park, in dem die Kundgebung stattfinden sollte, wurde weiträumig von Polizisten und Revolutionswächtern gesperrt. Dennoch gelang es rund 500 Frauen und Männern, in den Park hineinzugehen. Hie und da kam es zu Handgemenge. Einige Frauen hielten kurze Ansprachen. Auch Parolen wie: „Die UNO-Konvention für Gleichberechtigung muss unterzeichnet werden“, „Die Rechte der Frauen müssen geachtet werden“, „Flüchtende junge Frauen müssen geschützt werden“, wurden skandiert. Die versammelten Frauen, Männer und Kinder klatschten und sangen Freiheitslieder. In einem der Lieder hieß es:

„Seit Jahrhunderten zwingt man Frauen zum Schweigen, seit Jahrhunderten werden Frauen unterdrückt, seit Jahrhunderten werden Frauen geknechtet. Aber wir sind keine Knechte, wir lassen uns nicht unterdrücken, wir werden nicht schweigen, wir werden nicht mehr alles dulden, wir werden rebellieren. Wir Mütter haben ein weiches Herz, aber auch ein starkes Herz, um unsere Rechte zu verteidigen. Wir führen einen Kampf gegen die Tradition und werden als Frauen unsere Rechte verteidigen.“

Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi hat zum Internationalen Frauentag das Streben der Frauen nach Gleichberechtigung in ihrem Land mit dem Kampf für Demokratie verglichen. „Die Rechte der Frauen und die Demokratie sind eins“, sagte sie während eines Besuchs der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf. Sie trug ein schwarzes Kleid und sagte, sie sei „in Trauer im Namen der Frauen“ nicht nur für die Frauen ihres Landes, sondern weltweit. Der Respekt der Frauenrechte sei ein guter Indikator für die Lage der Menschenrechte in einem Land.

Die Anwältin, die erste Muslimin, die im vergangenen Jahr den Friedensnobelpreis erhalten hatte, machte für die Diskriminierung der Frauen in Iran nicht den Islam, sondern die patriarchalische Gesellschaftsstruktur verantwortlich. „Viele Menschen benutzen den Islam, um die Ungleichheit von Frauen zu rechtfertigen. Sie haben Unrecht“, sagte sie. „Der Islam ist eine Religion, die an die Gleichheit aller Menschen glaubt. Die Lage der Frauen in islamischen Ländern geht auf das patriarchalische System in diesen Ländern zurück. Diese Stammeskultur akzeptiert nicht nur die Frauen nicht,



sie toleriert auch nicht die Demokratie.“

Nach Ebadis Meinung gehe es den Frauen in Iran besser als in Saudi-Arabien. Trotzdem müssten sie die Erlaubnis ihres Mannes einholen, wenn sie arbeiten oder reisen wollen.

Neujahrsfeier hinter Gefängnismauern

Zahlreiche Familien von politischen Häftlingen, deren Angehörige sich im berüchtigten Eviner Gefängnis in Teheran befinden, haben sich zum iranischen Jahreswechsel (in diesem Jahr am 20. März um 7:45) zum Gefängnis begeben und haben dort, hinter den Gefängnismauern eine Feier veranstaltet. Die rund siebzig Frauen, Männer und Kinder, unter ihnen auch einige prominente Dissidenten, setzten sich um die auf dem Boden ausgebreiteten Tischtücher, auf denen allerlei Süßigkeiten, Kerzen, Blumen und dem Brauch gemäß sieben Sachen standen, deren Namen wie „Sonbol“ (Hyazinthe) mit dem Buchstaben „S“ anfängt. Auch eingerahmte Fotos der Gefangenen hatten die Teilnehmer mitgebracht. Während des Jahreswechsels sangen sie Lieder, umarmten und wünschten sich gegenseitig ein gutes neues Jahr und verließen nach etwa zwei Stunden wieder den Ort. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

Protestkundgebung oppositioneller Gruppen im Ausland gegen die Verletzung der Menschenrechte in Iran

Zum Auftakt der sechzigsten Jahrestagung der UN-Menschenrechtskommission in Genf veranstalteten am 25. März verschiedene iranische Oppositionsgruppen vor dem Sitz der Vereinten Nationen in Genf eine Protestkundgebung gegen die permanente Verletzung der Menschenrechte in Iran. Die rund fünfzig Teilnehmer, die aus den USA und verschiedenen Ländern Europas nach Genf gekommen waren, forderten die Verurteilung Irans, die Entsendung einer Menschenrechtsdelegation nach Iran, die Aufhebung des Verbots von Zeitungen und die Freilassung politischer Häftlinge.

Die Situation der Menschenrechte in Iran habe sich zunehmend verschlechtert, heißt es in der von den Teilnehmern verabschiedeten Resolution. Die Lage sei besorgniserregend. „Zahlrei-

che Intellektuelle und Politiker wurden von Gerichten, die sich über die Gesetze stellen, hinter verschlossenen Türen verurteilt. Politische Gefangene werden erniedrigt. Sie genießen nicht einmal ein Minimum an elementaren Rechten, die international akzeptiert werden. Hunderte Jugendliche und Studenten befinden sich in Haft. In Iran werden Gewissensfreiheit, die Freiheit der Meinungsäußerung und der Presse permanent missachtet. Zeitungen werden willkürlich verboten, Journalisten in Haft genommen. Die Angehörigen der Gefangenen werden unter Druck gesetzt, ebenso Schriftsteller, Künstler und Intellektuelle.“

Hilfsgüter für Erdbebenopfer in Bam haben ihr Ziel nicht erreicht

Der Vorsitzende des „Roten Halbmonds Iran“, Ali Ahmad Nurbala, erklärte einem Bericht der Nachrichtenagentur ILNA zufolge, seine Organisation habe insgesamt Gelder in Höhe von 11.866.180 Dollar aus dem Ausland überwiesen bekommen, doch bisher lediglich 1.948.715 Dollar davon erhalten. Es sei nicht klar, wo die restlichen Gelder geblieben seien. Sollte der „Katastrophenstab“ nicht bekommen, welche Organisationen die Gelder erhalten haben, werde er dies der Öffentlichkeit mitteilen.

Nach Paragraph 46 der Satzung der allgemeinen Katastrophenhilfe müssten sämtliche Hilfsleistungen staatlicher und nicht staatlicher Herkunft dem „Roten Halbmond Iran“ zur Verfügung gestellt werden, fügte Nurbala hinzu. Somit habe keine andere Instanz das Recht, die Gelder auf das eigene Konto zu buchen. Genau dies hätten aber unter anderem das Außenministerium und das Wirtschafts- und Finanzministerium getan. Diese Vorgehensweise sei illegal und bedeute nichts anderes als Willkür.

Auch die 4.442 Tonnen internationale Sachspenden seien nur zum Teil seiner Organisation übergeben worden, ein größerer Teil sei bei anderen Organisation und Verbänden gelandet, sagte Nurbala. Er betonte, der „Rote Halbmond“ habe wegen der Hilfsleistungen an die Erdbebenopfer in Bam ein hohes Haushaltsdefizit. Sollte die Regierung die zugesagten 6 Milliarden Tuman nicht geben, werde seine Organisation bei künftigen Katastrophen nicht in der Lage sein, die nötige Hilfe zu



leisten. Ferner müsse die Regierung dafür sorgen, dass die aus dem Ausland überwiesenen Hilfsleistungen an seine Organisation weitergeleitet werden. Die bisherige Vorgehensweise schränke nicht nur die Aktivitäten seiner Organisation und damit die Hilfsleistung an die Opfer ein, sie schade auch dem Ruf des Landes im Ausland.

Indes wird aus Bam berichtet, dass die Proteste und Klagen der Erdbebengeschädigten immer lauter und aggressiver werden. Anfang März, rund zwei Monate nach der Katastrophe, haben sich etwa 80 Prozent der Bewohner zu einer Kundgebung versammelt, bei der sie gegen ihre unerträgliche Unterbringung, schlechte hygienische Verhältnisse und Nahrungsmangel protestierten. Dabei kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Polizei- und Armeeeinheiten. Die Demonstranten beschädigten zahlreiche Fahrzeuge der Polizei, steckten staatliche Einrichtungen in Brand und sperrten die Hauptverkehrsstraßen. Einige Demonstranten wurden verhaftet. Ali Karimi, der zuständige Provinzgouverneur, meinte, der Mangel an Hilfsleistungen sei darauf zurückzuführen, dass internationale Spenden nicht den Ankündigungen entsprechend eingetroffen seien. Die Bewohner von Bam verlangen Rechenschaft über die geleisteten Hilfen und fordern, dass sie die Spenden, vor allem die aus dem Ausland, selbst verwalten und einsetzen können.

Indes haben die Hilfswerke der beiden großen Kirchen Deutschlands, Diakonie Katastrophenhilfe und Caritas International mitgeteilt, dass sie mit dem Bau neuer Wohnungen im iranischen Katastrophengebiet begonnen haben. In drei Dörfern nahe der Stadt Bam sollen Häuser für mehr als 200 Familien entstehen. Das Bauprojekt soll bis zum Herbst abgeschlossen sein. Die Kosten betragen rund 2,2 Millionen Euro. Den Angaben zufolge ist auch der Wiederaufbau von Schulen und Kindergärten geplant.

Wie die Hilfswerke mitteilen, werden sich die Familien, deren Häuser durch das Beben zerstört wurden, an den Bauarbeiten beteiligen. Fachleute sollen dafür sorgen, dass die neuen Gebäude erdbebensicher gebaut werden. Bei dem Erdbeben in der Provinz Kerman waren Ende 2003 rund 50.000 Menschen ums Leben gekommen, 75.000 verloren ihren gesamten Besitz.

Lehrer streiken für mehr Gehalt

Laut Angaben der iranischen Medien haben an dem einwöchigen landesweiten Streik der Lehrer (Mitte März) rund 200.000 Lehrer teilgenommen. Die Streikenden wehrten sich dagegen, dass Lehrer im Vergleich zu anderen staatlichen Angestellten und Beamten die niedrigsten Gehälter erhalten. Ferner haben zahlreiche Lehrer über Monate überhaupt keine Gehälter bekommen. Dem Aufruf des Lehrerverbands sind etwa 30 Prozent der Lehrer gefolgt. Sie erschienen zwar an den Streiktagen an ihren Schulen, weigerten sich jedoch Unterricht zu erteilen. Infolge des Streiks fiel an mehr als 400 Schulen der Unterricht aus.

Tatsächlich gehören die Grund- und Oberschullehrer zu den staatlichen Angestellten, deren Gehälter so niedrig sind, dass sie am Rand des Existenzminimums leben müssen. Das monatliche durchschnittliche Gehalt eines Lehrers beträgt umgerechnet rund 200 Dollar. Viele Lehrer versuchen ihre Lebensverhältnisse durch zwei oder gar drei Schichten Unterricht am Tag zu verbessern.

Weder Staatspräsident Mohammad Chatami noch der Minister für Bildung und Ausbildung, Morteza Hadji, waren bereit, eine Abordnung der Streikenden zu empfangen oder wenigstens eine Stellungnahme abzugeben. Dagegen erhielten die Lehrer von einigen Parlamentsabgeordneten Unterstützung. In der Presse wurde das Anliegen der Lehrer ausführlich diskutiert. Der Streik wurde ohne Ergebnis nach einer Woche abgebrochen. Das Streikkomitee kündigte jedoch weitere Streiks für April an.

Jugendliche wider den Gottesstaat

Immer mehr Jugendliche wenden sich demonstrativ von den ihnen in den Kindergärten und an den Schulen und Universitäten eingehämmerten Verhaltensnormen und Lebensvorstellungen ab. Sie haben sich insbesondere in den letzten Jahren von der im Land herrschenden Geistlichkeit weit entfernt. Offensichtlich sind Menschen unter dreißig, die mehr als sechzig Prozent der Gesamtbevölkerung bilden, nicht mehr gewillt, sich dem Diktat der Turban tragenden Greise zu beugen. Sie sind der ewigen Trauerfeiern, der nicht enden wollenden Moralpredigten und der ihnen als Vorbild vorgesetzten Märtyrer überdrüssig. Sie wollen einfach frei



sein und Spaß am Leben haben. Doch für ein solches Leben fehlt ihnen sowohl die materielle Basis als auch eine entsprechende gesellschaftliche Atmosphäre. Die Reformbewegung hatte in ihnen Hoffnungen geweckt, die bitter enttäuscht wurden. Hinzu kommen die eingeschränkten Ausbildungsmöglichkeiten, die zunehmende Arbeitslosigkeit und der Mangel an Berufs- und Zukunftsperspektive. So versuchen sie bei jeder günstigen Gelegenheit, ihren Frust loszuwerden.

Am zehnten Tag des Trauermonats Moharram, bei dem der Toten gedacht wird, versammelten sich in diesem Jahr am späten Abend in Teheran mehrere hundert Jugendliche mit Kerzen in der Hand und Steinen in den Taschen auf einer der bekanntesten Straßen der Hauptstadt. Die Jungs hatten schwarze Jeans und schwarze T-Shirts an, die Mädchen trugen schwarze Kopftücher. Zunächst marschierten sie geordnet, den Namen des Heiligen Imam Hussein rufend, zu dem nahe gelegenen Mohseni-Platz. Bereits um zehn Uhr abends waren der Platz und die umliegenden Straßen voll. Plötzlich wurden Parolen gegen den Revolutionsführer laut. „Tod dem Chamenei“ skandierten die Versammelten. Dann warfen sie Steine gegen die Fenster einer Bank. Als die Polizei eingriff, fingen sie an, zu der aus Autoradios dröhnenden Musik zu tanzen. Sie zwangen auch einen jungen Polizisten, dessen Uniform sie ausgezogen hatten, mitzutanzten. Die Unruhen dauerten bis in den Morgen. Zahlreiche Teilnehmer der Demonstration wurden verhaftet.

chend und singend tanzten. Knallkörper waren zu hören. (Es gab zahlreiche Brandverletzte.) Selbstverständlich bekam das Fest auch einen politischen Anstrich. Hier und dort waren Parolen gegen die Herrschaft der Islamisten und Freiheitslieder zu hören. Die Ordnungskräfte hielten sich weitgehend zurück. Dennoch kam es in Teheran zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Freudenfeuer zum Jahresende

Traditionell wird in Iran der letzte Mittwoch im alten Jahr, ähnlich wie zu Sylvester, mit Freudenfeuern und Knallkörpern gefeiert. Das Fest, „Charschanbe Suri“ genannt, stammt aus der vorislamischen Zeit, in der noch die zoroastrische Religion herrschte. Daher ist das Fest unter islamischen Fundamentalisten verpönt. Fast zwei Jahrzehnte lang war es praktisch verboten. Doch in diesem Jahr wurde es zu einer Sensation. In der Hauptstadt Teheran sowie in den meisten Großstädten feierten Hunderttausende, junge wie alte Menschen. Selbst die heilige Stadt Ghom, eine von der Geistlichkeit beherrschte Stadt, machte keine Ausnahme. Überall auf den Straßen wurden Feuer angezündet, um das die Leute la-

II. Wirtschaft

Tupolev-Maschinen sollen aus dem Verkehr gezogen werden

Nachdem in letzter Zeit mehrere Tupolev-Maschinen abgestürzt sind und dabei zahlreiche Menschen umkamen, sollen nach Angaben des Verkehrsministeriums die in Russland hergestellten Maschinen vollständig aus dem Verkehr gezogen werden. Die Fluggesellschaft Aria hat bereits die veralteten Maschinen stillgelegt, andere Gesellschaften wie Kisch-Air, Kaspian und Iran Air Tour werden demnächst entsprechend verfahren. Die Kisch-Air hat, nachdem kürzlich eine ihrer Maschinen abgestürzt war, ihre Auslandsflüge vorläufig abgesetzt und die Inlandsflüge stark eingeschränkt. Die Arabischen Emirate haben bekannt gegeben, dass sie unter den iranischen Fluggesellschaften nur noch der Iran-Air Landeerlaubnis erteilen werden.

Laut Pressemeldungen hat das Verkehrsministerium die Absicht, aus befreundeten Staaten wie der Türkei gebrachte Boeing- und Airbus-Maschinen zu kaufen, da diese Maschinen sich bisher bewährt haben und noch nie in Iran abgestürzt sind. Auch die Passagiere versuchen - soweit wie möglich - Flüge mit Tupolev-Maschinen zu meiden.

In Iran genießen die Fluggesellschaften Mahan, die mit Airbus E 300 fliegt und Aseman, die über Boeing-Maschinen 727 und 737 verfügt, das Vertrauen der Reisenden.

Iran und Ägypten: gemeinsam den Verkauf von natürlichem Gas organisieren

Iran und Ägypten planen, gemeinsam natürliches Gas zu verkaufen. Diese Absicht wurde am Rand der zweitägigen Konferenz von fünfzehn gasproduzierenden Staaten in Kairo bekannt gegeben. Bei dieser Konferenz wurde Iran durch Ölminister Bijan Namdar Zangeneh vertreten. Es war nach 25 Jahren das erste Mal, dass ein iranischer Ölminister Kairo besuchte. Vor ihm hatten bereits Ex-Außenminister Ali Akbar Velajati und der amtierende Außenminister Kamal Charrasi Ägypten besucht.

Iran hatte kurz nach der Gründung der Islamischen Republik Ägypten wegen des Camp-David-Abkommens Verrat vorgeworfen und seine diplomatischen Beziehungen zu Kairo abgebrochen. Erst Anfang

1990 wurde die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten wieder aufgenommen. Inzwischen kooperieren Kairo und Teheran besonders auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Es ist damit zu rechnen, dass in den nächsten Monaten die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder aufgenommen werden.

Zangeneh führte am Rande der Konferenz mit seinem ägyptischen Amtskollegen Sameh Fahmi ein Gespräch. Danach erklärten beide Minister vor der Presse, ihre Länder hätten die Absicht, bei der Suche nach neuen Märkten und beim Verkauf von natürlichem Gas miteinander zu kooperieren.

Fünfeinhalb Millionen Iraner haben Kauf von Mobilfunkgeräten beantragt

Die iranische Telefongesellschaft gab bekannt, dass rund 5,6 Millionen Interessenten den Kauf von Mobilfunkgeräten beantragt haben. Eine iranische Journalistin berichtete in einem Interview mit dem persischsprachigen Auslandssender Radio Farda von langen Schlangen vor den Post- und Telefonämtern. „Wenn man bedenkt, dass ein Gerät 440.000 Tuman (umgerechnet etwa 440 Euro) kostet, dann ist das ein enormes Kapital, das auf diesen Bereich gelockt wird“, sagte sie. Doch sie zweifelte daran, ob die staatliche Telefongesellschaft in der Lage sei, in absehbarer Zukunft so viele Nummern zu vergeben. Würde man das staatliche Monopol aufheben, könnte das Problem bald gelöst werden. Doch bislang sei der Staat dazu nicht gewillt.

Nach Angaben der Telefongesellschaft sollen die beantragten Nummern in ein bis zwei Jahren vergeben werden.

Import von Waren nimmt enorm zu

Nach offiziellen Angaben hat sowohl die legale als auch die illegale Einfuhr von Waren in Iran enorm zugenommen und die Grenze von 40 Milliarden Dollar erreicht. Wie der Wirtschaftsjournalist Fereydun Chawand berichtet, wurden den Angaben des iranischen Zollamts zufolge in den vergangenen elf Monaten Waren im Wert von 24,6 Milliarden Dollar, das heißt monatlich 2,2 Milliarden Dollar, eingeführt. Mit dem Ende des iranischen Kalenderjahres wird der legale Import den Wert von 27 Milliarden Dollar erreichen.



Neben den legal eingeführten Waren boomt der illegale Import. Dessen Wert beträgt nach Angaben des Staatssekretärs im Handelsministerium, Mohsen Bahrami, die unglaubliche Summe von 12 Milliarden Dollar im Jahr. In Anbetracht dieser hohen Summe ist davon auszugehen, dass es sich bei den Importeuren nicht um kleine Schmugglerbanden handelt, sondern um Organisationen, die an den Schalthebeln im Staatsapparat sitzen. Man kann wohl nicht mehr von einem Verdacht sprechen, wenn in diesem Zusammenhang die religiösen Stiftungen genannt werden, die niemandem Rechenschaft schuldig sind. Diese Stiftungen, die zu Beginn der Revolution zur Hilfeleistung an die „Barfüßigen und Habenichtts“ oder an Kriegspfer eingerichtet wurden, haben sich zu großen Imperien entwickelt. Mit ihren zahlreichen Unternehmen beherrschen sie einen großen Teil des inländischen Marktes sowie des Außenhandels. Sie befinden sich außerhalb der staatlichen Kontrolle, sie bezahlen keine Steuern. Ein vom Parlament verabschiedetes Gesetz zur Kontrolle der Stiftungen wurde vom Wächterrat als verfassungswidrig und unislamisch abgelehnt. Es ist nicht schwer zu erraten, dass diese Stiftungen als wirtschaftliche Giganten einen enormen Einfluss auf die Politik haben.

Trotz des Sieges der Konservativen gute Aussichten für deutsch-iranische Wirtschaftsbeziehungen

Nach einem Bericht des persischsprachigen Programms Radio Farda befinden sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Iran und Deutschland in neuem Aufwind. Dies wurde bei einem Treffen deutscher Unternehmer mit Vertretern der iranischen Regierung und Wirtschaft festgestellt. Der „Wirtschaftstag Iran“ fand am 9. März in der IHK in Bielefeld statt.

Hauptredner war Mohammad Chazai, iranischer Vizewirtschaftsminister und Verantwortlicher für ausländische Investition in Iran. An dem Treffen hatten Vertreter von rund vierzig deutschen Unternehmen teilgenommen. Sie wollten sich über Möglichkeiten von Investitionen in Iran informieren.

Herbert Sommer, IHK-Präsident Ostwestfalen zu Bielefeld, äußerte sich zufrieden über die deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen. Nach einer zweijährigen Flaute nimmt der Export

aus Deutschland nach Iran wieder zu. Seinen Angaben zufolge sind im vergangenen Jahr Waren im Wert von 2,7 Milliarden Euro exportiert worden, 20 Prozent mehr als im Vorjahr. Der ostwestfälische IHK-Chef teilte den iranischen Gästen mit, dass sich zurzeit rund fünftausend deutsche Firmen in Verhandlungen mit Partnern in Iran befinden. Außerdem seien rund zweitausend deutsche Firmen bereits in Iran tätig.

Unter den Staaten der Europäischen Union ist Deutschland der größte Handelspartner Irans. Zu den wichtigsten Bereichen, in denen deutsche Unternehmen in Iran tätig sind, gehören Fahrzeugbau, Schiffbau, Aluminiumindustrie, petrochemische Industrie, Straßenbau und Transport, Wasser- und Stromindustrie und Textilindustrie.

Deutsche Autoindustrie in Iran

Im Vorfeld der Automobilmesse in Teheran wurde bekannt gegeben, dass die Firma DaimlerChrysler die Absicht habe, sämtliche ihrer Modelle in Iran zu montieren. Sollten die laufenden Verhandlungen zum Erfolg führen, werde die Firma so rasch wie möglich ihre Zelte in Iran aufschlagen. Auch die Firma Volkswagen habe sich vertraglich verpflichtet, in einer ersten Phase 50.000 Fahrzeuge der Modelle Golf und Polo in Iran zu montieren.

Die iranische Autoindustrie hatte in den letzten Jahren ein Wachstum von durchschnittlich 30 Prozent zu verzeichnen. Dennoch sind rund 60 Prozent der Autos auf den Straßen mehr als zwanzig Jahre alt. Insgesamt werden in Iran jährlich 760.000 neue Fahrzeuge produziert, was weit unter der aktuellen Nachfrage liegt.

Die Automobilmesse, die seit einigen Jahren in Teheran veranstaltet wird, soll erstens zum Transfer des technischen Wissens dienen und zweitens dazu, ausländische Firmen zum Bau ihrer Produkte in Iran zu ermuntern. Nach Meinung deutscher Unternehmen habe Iran vorsichtig die Tore zu seinem Automarkt geöffnet. Auf diesem Markt werde Deutschland eine wichtige Rolle spielen.

Die Firma Daimler Benz war bereits vor der Revolution von 1979 in Iran aktiv und hat bisher bei der Herstellung von Personenwagen, Omnibussen und Lastwa-



gen eine wichtige Rolle gespielt. Diese Aktivitäten sollen nun verstärkt werden.

Die Firma Volkswagen hat bereits einen Vertrag mit Iran abgeschlossen. Die Anzahl von 50.000 Fahrzeugen, die in einer ersten Phase hergestellt werden, soll nach kurzer Zeit verdoppelt werden. Gegenwärtig verhandeln auch zahlreiche Zuliefererfirmen aus Deutschland mit Iran über die Lieferung von Ersatzteilen.

Renault gründet Autofirma in Iran

Renault will gemeinsam mit dem iranischen Konsortium AID Kleinwagen des Typs X90 in Iran bauen. Der französische Anteil an dem für April geplanten Gemeinschaftsunternehmen Renault Pars werde bei 51 Prozent liegen, teilte Renault SA in Paris mit. Die Fertigung solle 2006 bei den iranischen Autobauern Iran Khodro und SAIPA anlaufen. An AID ist auch die iranische Organisation für Industrieentwicklung IDRO beteiligt.

Geplant ist eine anfängliche Jahreskapazität von 300 000 Fahrzeugen, je zur Hälfte bei Iran Khodro und SAIPA. Der X90 wurde von Renault und der rumänischen Konzerntochter Dacia als 5000-Euro-Auto für Schwellenländer konzipiert. Er soll auch in Russland und anderen Ländern vom Band rollen. In Iran wurden im vergangenen Jahr 700.000 Autos neu zugelassen.

China unterzeichnet milliardenschweren Gasliefervertrag mit Iran

Wie die staatliche Energiegesellschaft Zhuhai Zhenrong Corp. in Peking mitteilte habe China mit Iran einen langfristigen Gas-Liefervertrag geschlossen. In den kommenden 25 Jahren werde die Volksrepublik 110 Millionen Tonnen flüssiges Naturgas aus Iran beziehen. Die Vereinbarung habe einen Wert von 20 Milliarden Dollar.

Iranischer Teppichexport wächst

Der Absatz der iranischen Teppiche auf dem internationalen Markt hat nach langen Jahren der Stagnation wieder zugenommen. Mohammad Ali Karimi, Direktor der iranischen Teppichgesell-

schaft, teilte der Presse mit, dass der Export von handgeknüpften Teppichen in dem nun zu Ende gegangenen iranischen Kalenderjahr im Vergleich zum Vorjahr um achtzehn Prozent zugenommen und den Wert von 546 Millionen Dollar erreicht habe. Zwar gelte Iran als größter Produzent von handgeknüpften Teppichen, dennoch hätte sich der Export in den vergangenen Jahren verringert und nie einen Wert von 500 Millionen Dollar erreicht.

Nach Erdöl und Erdgas stehen Teppiche unter den iranischen Exportgütern an dritter Stelle. Bis vor der Revolution von 1979 hatte Iran auf dem internationalen Teppichmarkt einen Anteil von 55 Prozent. Inzwischen ist der Anteil auf 28 Prozent gesunken. Die größten Konkurrenten Irans sind China, Indien und Pakistan. Sie haben die iranischen Muster übernommen und sind in der Lage, dieselben Teppiche billiger herzustellen. Auch die Verschlechterung der Qualität der Perserteppiche ist mit ein Grund für den Rückgang des Absatzes. Schließlich hat die Einmischung verschiedener Instanzen in den Bereich der Teppichindustrie die Position Irans auf dem Markt geschwächt.

Dieser letzte Mangel wurde nun beseitigt. Fortan soll allein das Wirtschaftsministerium die Verantwortung für diesen Bereich tragen. Wirtschaftsminister Mohammad Schariatmadari gab bekannt, dass sein Ministerium zwei Milliarden Dollar für die Werbung auf dem internationalen Markt vorgesehen habe. Ferner will sich das Ministerium für die Verbesserung der Teppichqualität einsetzen. Iran exportiert jährlich rund sechzig Millionen Quadratmeter handgeknüpfte Teppiche in die EU-Staaten, die USA und die Golfstaaten.

Ölpipeline-Bau vom Irak nach Iran

Einem Bericht der Tageszeitung Financial Times zufolge hat der irakische Regierungsrat dem Bau einer Ölpipeline vom Irak nach Iran zugestimmt. Der irakische Ölminister Ibrahim Bahr al O-lum sagte der Zeitung: „Wir sind mit dem Vorschlag Irans einverstanden, eine zehn Kilometer lange Ölpipeline von Schat al Arab zu dem iranischen Hafen Abadan zu bauen. Auch die Amerikaner haben gegen dieses Projekt nichts einzuwenden.“



Das bestätigte ein führendes Mitglied der Besatzerkoalition im Irak. „Das ist der praktischste Weg“, um den Absatz des irakischen Öls zu fördern, sagte er. Im Hinblick auf das getrübt Verhältnis zwischen Teheran und Washington sagte er: „Wir werden alle diplomatischen Fragen auf die irakische Regierung übertragen“. Auch der US-Verwalter im Irak, Paul Bremer, erteilte indirekt seine Zustimmung, in dem er sagte: „Irak muss sich um gute Beziehungen zu den Nachbarstaaten bemühen.“

Das Projekt werde bald realisiert werden, sagte der irakische Ölminister. Der Bau der Pipeline werde voraussichtlich drei Monate dauern. Die Pipeline solle entlang der Wasserstraße zwischen Irak und Iran laufen. Er sei sich sicher, dass sie spätestens bis Ende dieses Jahres für den Öltransport nach Abadan in Betrieb genommen werden könne.

Mit dem Bau der Pipeline werde Irak die Möglichkeit bekommen, täglich 350.000 Barrel Öl zu transportieren und damit seinen Ölexport zu steigern.

Irans Rolle beim Opiumexport aus Afghanistan

Nach einem Bericht der UNO könnte der illegale Export von Opium aus Afghanistan die Stabilität dieses Landes erheblich beeinträchtigen. Auch das US-Außenministerium warnte kürzlich vor der Ausweitung des Opiumanbaus in Afghanistan. Nach vorliegenden Informationen stammten im vergangenen Jahr 75 Prozent des illegal verkauften Opiums in der Welt aus Afghanistan. Experten schätzen, dass 40 bis 60 Prozent des afghanischen Bruttosozialprodukts durch den Verkauf von Opium gedeckt wird.

Ein wichtiger Teil des Opiums gelangt über Iran nach Europa. Auch in Iran selbst findet die aus dem Nachbarland eingeschmuggelte Droge großen Absatz. Aus diesem Grund wird in Kürze eine UNO-Delegation nach Iran reisen, um sich über die Maßnahmen zu informieren, die Iran gegen den Drogenkonsum beschlossen hat. Bisher hat die UNO Iran beim Kampf gegen Drogenhandel und -konsum unterstützt. Dieses Unterstützungsprogramm soll Ende 2004 abgeschlossen werden. Fariba Soltani, Leiterin des Programms, sagte, mit dem von ihr geleiteten Projekt werde ver-

sucht, die Nachfrage nach Drogen durch die Behandlung von Drogensüchtigen zu reduzieren. Ihr Büro arbeite mit rund sechzig regierungsunabhängigen Organisationen, die sowohl in der Hauptstadt Teheran als auch in den Provinzstädten tätig seien.

Die UNO hat im vergangenen Jahr mit fünf Millionen Dollar den Kampf gegen Drogen in Iran unterstützt, wovon rund vier Millionen Dollar zur Unterstützung der Aktivitäten regierungsunabhängiger Organisationen verwendet wurden. Auch Großbritannien gewährte Iran Hilfe, vor allem um den Drogenschmuggel aus Afghanistan zu unterbinden.

Iranische Experten vertreten die Ansicht, dass zwar der Kampf gegen Drogenschmuggel verstärkt werden sollte, es jedoch nicht gelingen werde, den Import aus Afghanistan gänzlich einzustellen oder wenigstens wirksam zu reduzieren. Denn solange mehr als die Hälfte des afghanischen Bruttosozialprodukts aus Opium besteht und der Westen den besten Markt für den Absatz von Drogen bildet, wird es sich nicht vermeiden lassen, dass Iran als Transitland in das Schmuggelgeschäft einbezogen wird. Dies umso mehr, wenn man bedenkt, dass der Preis des Opiums von der Grenze zu Afghanistan bis zur Grenze zur Türkei um das Hundertfache steigt.



III. Außenpolitik

Der Konflikt um das iranische Atomprogramm

Der Generaldirektor der Internationalen Atombehörde el Baradei kündigte während seines Aufenthalts in der ägyptischen Hauptstadt Kairo in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur Mena an, er werde Anfang April nach Iran reisen. Dabei werde er die iranische Führung auf mehr Transparenz in ihrem Atomprogramm drängen und eine „vollständige Zusammenarbeit“ mit seiner Behörde anmahnen. Zuvor hatte er in einem Interview mit dem US-Fernsehsender CNN von der iranischen Führung Transparenz in ihrer Atompolitik gefordert. Dies sei „der absolute Schlüssel“ für Teheran, alle Vorwürfe zu entkräften und damit zu belegen, dass das iranische Atomprogramm ausschließlich friedlichen Zwecken diene, sagte er. Zwar habe Iran „vollständig“ mit der Behörde zusammengearbeitet, aber das Ausmaß seiner nuklearen Aktivitäten habe Skepsis hervorgerufen. In Washington hatte el Baradei im Weißen Haus mit US-Präsident George W. Bush den Streit um die Atomkontrollen in Iran erörtert. Vor den Mitgliedern des US-Kongresses bescheinigte er der Regierung in Teheran volle Kooperation. Allerdings sei seine Behörde noch zu keinem klaren Ergebnis gekommen, ob das iranische Nuklearprogramm wirklich nur friedlichen Zwecken diene.

Indes berichtete der iranische Nachrichtensender Khabar, der IAEA-Generaldirektor werde am 6. April in Teheran eintreffen. Bei den Gesprächen, die er mit der iranischen Führung haben werde, gehe es um die Klärung noch offener Fragen zum iranischen Atomprogramm. Diese Nachricht wurde auch von der IAEA-Zentrale in Wien bestätigt.

Anfang März hatte sich der Streit zwischen Iran und der Atombehörde stark zugespitzt. Während Iran an die Atombehörde appellierte, die Untersuchung seines Atomprogramms zu beenden und erneut betonte, dass seine nuklearen Aktivitäten lediglich friedlichen Zwecken dienten, warfen die USA der iranischen Staatsführung vor, die Angaben zu ihrem Atomprogramm „zurechtgebogen“ zu haben. Kenneth Brill, US-Botschafter bei der Internationalen Atombehörde sagte, die iranische Staatsführung habe gegen ihre Zusage vom Oktober verstoßen, einen vollstän-

digen, umfassenden und durchsichtigen Bericht über ihr Kernprogramm vorzulegen. In Wirklichkeit sei der besagte Bericht „weder korrekt noch vollständig“ gewesen. Iran habe nachträglich „seine Geschichte geändert und gesagt, wir haben gar nicht gemeint, er werde vollständig und umfassend sein“. „Womöglich sind gerade jetzt Heerscharen iranischer Techniker an nicht angegebenen Orten damit beschäftigt, Beweise für ein iranisches Atomprogramm zu verstecken“, sagte Brill.

Auch Generaldirektor el Baradei äußerte sich im Vorfeld der Sitzung des IAEA-Gouverneursrates am 13. März „ernsthaft besorgt, dass Teheran in seiner Erklärung vom vergangenen Oktober den Besitz von bestimmten Zentrifugen und von einigen geheimen Forschungsprojekten verschwiegen habe.

Der iranische Botschafter bei der IAEA, Piruz Hosseini, lehnte die Vorwürfe entschieden ab. Die Vertreter der iranischen Regierung seien falsch zitiert worden, als berichtet worden sei, dass Iran gegenüber der IAEA sein gesamtes Programm offen gelegt habe. „Zu dem Zeitpunkt waren wir nicht gezwungen, alles anzugeben“, sagte Hosseini und fügte hinzu, sein Land sei Opfer eines „Propagandakrieges“. Die iranische Regierung warnte den Gouverneursrat vor einer Verurteilung Irans und drohte indirekt mit der Kündigung der Zusammenarbeit.

Tatsächlich fiel die Resolution aufgrund des Widerstands der EU-Staaten und noch mehr der Blockfreien Staaten nicht so scharf aus, wie zunächst von den USA gefordert. In der endgültigen Stellungnahme, über die Tage lang verhandelt wurde, begrüßt das IAEA-Direktorium, dass Iran sich im vergangenen Jahr grundsätzlich zu Inspektionen bereit erklärt hat, kritisiert jedoch die von den Inspektoren aufgedeckten Versuche zur Anreicherung von Uran sowie andere verdächtige Aktivitäten einschließlich mangelnder Kooperation. Die Frage nach der Existenz eines iranischen Atomwaffenprogramms sei weiterhin offen, die IAEA habe sich noch kein vollständiges Bild machen können. Die von den USA geforderte Weiterleitung des Falls an den Weltsicherheitsrat wurde bis zur nächsten Sitzung des Gouverneursrats im Juni verschoben. Ferner enthielt die Resolution keinen Hinweis auf eine Verwicklung der iranischen Streitkräfte in das Nuklearprogramm. Die Armee hatte vor kurzem



zugegeben, an den Versuchen der Urananreicherung beteiligt gewesen zu sein.

Dennoch forderte die Resolution Irans Protest heraus. Iran setzte die für März angekündigte Fortsetzung der Inspektionen aus. „Wir werden den Inspektoren die Einreise vorläufig nicht erlauben, bis wir ein neues Datum für einen Besuch festsetzen“, sagte Hasan Rohani, Chefunterhändler für Nuklearangelegenheiten in Iran.

Auf diese Entscheidung reagierte die US-Regierung mit Empörung. Das Verhalten Irans sei bedauerlich, sagte Außenamtssprecher Adam Erli in Washington. Es sei an der Zeit, „reinen Tisch zu machen, unwiderruflich und total“. Irans Manöver zeige „eine Fortsetzung des Verhaltensmusters der Verzögerung, Täuschung und Verweigerung“.

Aber am Ende gab Teheran doch nach und erteilte den Inspektoren für den 27. März die Einreiseerlaubnis.

Kurz zuvor gab Teheran die Inbetriebnahme einer Anlage zur Umwandlung von Uranerz in Gas bekannt. Der Sprecher der iranischen Atomenergieorganisation, Gholamreza Aghazadeh, sagte der Nachrichtenagentur AP, das in der Fabrik in Isfahan erzeugte Gas sei für eine Atomanlage zur Urananreicherung in Natans bestimmt. Iran hatte im vergangenen Jahr auf internationalen Druck hin die Anreicherung von Uran vorübergehend ausgesetzt. Vor kurzem erklärte jedoch die Regierung, sie wolle ihr Nuklearprogramm nach Beilegung des Konflikts mit der IAEA wieder aufnehmen. Das Programm sei ausschließlich für friedliche Zwecke bestimmt.

Die nun in Iran eingereisten Inspektoren werden sowohl in Natans als auch in Isfahan genaue Untersuchungen durchführen. IAEA-Sprecherin Melissa Fleming teilte mit, dass die Inspektoren unter anderem das Kernforschungszentrum Isfahan als auch die Urananreicherungsanlage Natans inspizieren werden.

EU ermahnte Iran, die Menschenrechte einzuhalten

Die EU ermahnte Iran, die vereinbarte Erstellung eines Dokuments über die Achtung der Menschenrechte in Iran nicht weiterhin zu verzögern. Dieses

Dokument bilde die Voraussetzung für die geplante Unterzeichnung eines umfassenden Handelsabkommens zwischen der EU und Iran. Eine Delegierte der EU bei der Tagung der UN-Kommission für Menschenrechte in Genf gab bekannt, dass die Verhandlungen der EU mit Iran ins Stocken geraten seien.

Die irische Vertreterin der EU in Genf, Marie Velan, erklärte, die vierte Verhandlungsrunde zwischen der EU und Iran stagniere, weil Iran keinen neuen Termin vorgeschlagen habe. Zwar seien in der Islamischen Republik bezüglich der Menschenrechte gewisse Fortschritte zu verzeichnen, doch die Missachtung der Rechte der Frauen und der Menschenrechte insgesamt, Folterungen in den Gefängnissen, Verschwinden der Menschen nach ihrer Festnahme, die willkürlich verlängerte Untersuchungshaft und Unterdrückung der kritischen politischen und religiösen Meinungen dauerten nach wie vor an. Auch die Manipulationen bei den Parlamentswahlen deuten auf einen Rückfall im iranischen Demokratisierungsprozess. Im Gegensatz zu den USA vertritt die EU den Standpunkt, der „konstruktive Dialog“ mit Iran müsse fortgesetzt werden. Dazu gehören auch Verhandlungen über ein umfassendes Handels- und Wirtschaftsabkommen, an dem die Islamische Republik stark interessiert ist. Doch die EU macht dieses Abkommen von bestimmten Voraussetzungen wie die Achtung der Menschenrechte, die Teilnahme Irans am Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Unterstützung der Friedensbemühungen im Nahen Osten, die Offenlegung des iranischen Atomprogramms und der Verzicht auf die Herstellung von Massenvernichtungswaffen abhängig. Seit dem Konflikt über das iranische Atomprogramm stocken die Verhandlungen.

EU fordert Iran zu sofortiger Kooperation mit Atominspektoren auf

Die Außenminister der Staaten der Europäischen Union haben am 22. März in Brüssel in einer Entschliebung die Islamische Republik Iran aufgefordert, unverzüglich und vollständig mit den Inspektoren der Internationalen Atombehörde (IAEA) zusammenzuarbeiten. Sie gaben ihrer „ernsten Besorgnis“ Ausdruck, dass eine Reihe von Fragen bezüglich des iranischen Atomprogramms weiterhin unbeantwortet geblieben sei. In der Entschliebung beziehen sich die Minister auf die Stellungnahme des IA-



EA-Gouverneursrates, in der Iran vorgeworfen wird, bei den im vergangenen Oktober gemachten Angaben kein vollständiges Bild über die früheren und derzeitigen Nuklearprogramme des Landes geliefert zu haben. Sie fordern Teheran auf, bei der Klärung offener Fragen mit IAEA-Inspektoren „proaktiv“ und in voller Transparenz zu kooperieren.

Die Minister begrüßten die von Iran im Februar angekündigte Bereitschaft, die Anreicherung und Wiederaufarbeitungsaktivitäten in einem stärkeren Maße als zunächst angekündigt auszusetzen. Gleichzeitig wird Iran aufgefordert, mit der Aussetzung dieser Aktivitäten „sofort, umfassend und nachprüfbar“ zu beginnen. Als vertrauensbildende Maßnahme solle sich Iran von nun an aller Aktivitäten im Bereich Brennstoffzyklus, die auch dazu verwendet werden könnten, spaltbares Material für Kernwaffen zu produzieren, enthalten.

Reaktionen auf Besuch des deutschen Botschafters bei Ayatollah Montazeri

Die Tageszeitung „Keyhan“ berichtete Mitte März, der deutsche Botschafter in Teheran, Paul Freiherr von Maltzahn, sei zur persona non grata erklärt worden. Er werde bald ausgewiesen und durch einen neuen Diplomaten ersetzt.

Den Grund für die Missstimmung zwischen Teheran und Berlin lieferte der Besuch des Botschafters beim regimekritischen Großayatollah Hussein Ali Montazeri. (siehe auch Iran-Report 03/2004, S. 16) Der prominente Geistliche war zu Beginn der Revolution der engste Gefährte Ayatollah Chomeinis, der ihn zunächst zu seinem Nachfolger ernannte. Aber als Montazeri die Vorgänge im Land, insbesondere die Folterungen und Massenhinrichtungen in den Gefängnissen kritisierte, fiel er in Ungnade. Er hatte Jahre lang Hausarrest. Erst vor kurzem wurde ihm der Ausgang erlaubt. Heute gehört er zu den schärfsten und wohl einflussreichsten Kritikern der konservativen Islamisten.

Von Maltzahn war der erste westliche Diplomat, der den Großayatollah in Ghom aufsuchte. Unklar bleibt, wer den Besuch arrangiert hatte. Das Teheraner Außenministerium, das für solche Angelegenheiten zuständig ist, dementierte, die Erlaubnis dazu erteilt zu haben. Laut Presseberichten wurde bei

dem Treffen über die USA, Israel, das Judentum und Irak gesprochen. Das sind für die Islamische Republik die heißesten Themen. Damit nicht genug, sollen bei der Visite auch die umstrittenen Wahlen zur Sprache gekommen sein. Dabei soll Montazeri dem Deutschen Bundestag für dessen Solidarität mit Parlamentsabgeordneten, deren erneute Kandidatur für einen Sitz im Parlament verboten wurde, gedankt haben.

Wie zu erwarten war, löste der Besuch bei den Konservativen Zorn und Empörung aus. Rechte Zeitungen sprachen von einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Die Tageszeitung „Djomhuri-e Eslami“, die als Sprachrohr des Revolutionsführers gilt, schrieb: „Deutschland hat in den letzten Monaten den guten Willen Irans in unverschämter Weise ausgenutzt und sich in Angelegenheiten, die die nationale Sicherheit Irans gefährden, eingemischt.“ „Deutschland braucht mal wieder einen Rüffel“ forderte das Blatt in einem Leitartikel.

Indes meldete die reformierte Tageszeitung „Schargh“ am 28. März unter Berufung auf den iranischen Vizepräsidenten Mohammad Ali Abtahi, Teheran habe nicht die Absicht, den deutschen Botschafter auszuweisen. Von deutscher Seite liegt zu dem Vorfall bislang keine Stellungnahme vor.

Iran stoppt Pilgerreisen nach Irak

Nach der Anschlagsserie im islamischen Trauermonat im Irak hat die iranische Regierung Pilgerreisen ihrer Landsleute in das Nachbarland vorerst gestoppt. Vize-Innenminister Ali Asghar Ahmadi sagte im Staatsrundfunk, die Pilger sollten nicht zur irakischen Grenze reisen. Die Regierung werde die Bevölkerung zu gegebener Zeit darüber informieren, wann Pilgerreisen in den Irak wieder möglich seien. Für die Iraner gehören die beiden Heiligen Stätten im Irak, Nadjaf und Kerbela, zu den beliebtesten Wallfahrtsorten. Die iranische Regierung gab kürzlich bekannt, dass potenziell jährlich über eine Million Pilger nach Irak reisen könnten.

Bei den Terroranschlägen in Kerbela und Bagdad sind nach Angaben der iranischen Botschaft 25 iranische Staatsbürger ums Leben gekommen und mindestens einhundert verletzt worden. Wegen



des Aschura-Festes, bei dem Schiiten in aller Welt des Märtyrertodes des Imam Hussein gedenken, waren zahlreiche Iraner nach Irak gereist. Laut IRNA wurden allein am Grenzposten Mehran in der Woche vor dem Fest mehr als 300.000 Iraner gezählt, die von dort aus weiter nach Kerbela wollten.

Iran verurteilt Ermordung Scheich Jassins

Iran hat die gezielte Tötung des Gründers der radikal-islamischen Palästinenserorganisation Hamas, Scheich Ahmad Jassin auf das Schärfste verurteilt. „Das war eine kriminelle Handlung, die deutlich die Barbarei und den Staatsterrorismus des zionistischen Regimes (Israel) klar macht“, sagte Außenamtssprecher Hamid Resa Assefi der amtlichen Nachrichtenagentur IRNA zufolge. „Die Aktion zeigt weiterhin, dass Israel der Feind jedes einzelnen Palästinensers ist.“

Gegen die Ermordung des Hamas-Führers wurde in der Hauptstadt Teheran eine große Demonstration mit über hunderttausend Menschen veranstaltet, an der auch einige führende Politiker teilnahmen.

Teheraner Bürgermeister protestiert gegen Mykonos-Gedenktafel in Berlin

Der Teheraner Bürgermeister Mahmud Ahmadi Nejad, der zu den Hardlinern im Lager der Konservativen zählt, hat in einem offiziellen Schreiben den Regierenden Bürgermeister Berlins, Klaus Wowereit, vor Folgen der Aufstellung einer Mykonos-Gedenktafel gewarnt. Drohend erinnerte er daran, dass Deutschland bei der Lieferung von chemischen Massenvernichtungswaffen an das irakische Regime während des iranisch-irakischen Krieges beteiligt gewesen sei und man diese Tatsache, die zum Tod und zur Verstümmelung von Tausenden seiner Landsleute führte, nicht vergessen habe.

In dem Berliner Lokal Mykonos wurden im September 1992 vier iranische Oppositionelle durch ein iranisches Todeskommando ermordet. Das Berliner Kammergericht stellte in seinem Urteil vom 10. April 1997 fest, dass die Morde von der Führung der Islamischen Republik in Auftrag gegeben worden waren.

Die Gedenktafel, die von der Charlottenburger Bezirksversammlung beschlos-

sen wurde, sollte am 31. März in Anwesenheit der Bezirksbürgermeisterin enthüllt werden, doch die Enthüllung wurde offenbar nach der Intervention des Teheraner Bürgermeisters vertagt. Begründet wurde die Verschiebung mit der Ende März stattfindenden internationalen Afghanistan-Konferenz in Berlin.

Nach dem scharfen Protest des Vereins Iranischer Flüchtlinge in Berlin gegen die Vertagung wurde nun die Enthüllung für den 20. April angekündigt.